

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Pflege

73. Sitzung

31. August 2026

Beginn: 09.34 Uhr
Schluss: 12.28 Uhr
Vorsitz: Silke Gebel (GRÜNE)

- Der Senat wird vertreten durch Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP).
- Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen und anschließend dort abrufbar sein wird (Bild und Ton). Den anwesenden Medienvertreterinnen und -vertretern ist die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gestattet.
- Dem Ausschuss liegen die Einladung vom 3. Juli 2026 sowie die Mitteilung zur Einladung vom 27. August 2026 vor. Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Tagesordnung um die in der Mitteilung genannten Punkte zu erweitern.

Sodann lehnt der Ausschuss den Antrag von Herrn Abg. Ubbelohde (AfD), die Tagesordnung um die

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Folgen der Coronamaßnahmen für Kinder und Jugendliche [0036](#) GesPflegGleich

– gesundheitliche Auswirkungen und Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit

(auf Antrag der AfD-Fraktion)

zu erweitern, ab (mehrheitlich mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE gegen AfD).

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Im Vorfeld der Sitzung wurden vier Fragen schriftlich eingereicht:

- „Wie bewertet der Senat die gynäkologische Versorgung in Treptow-Köpenick angesichts eines Versorgungsgrades von 86,4 % im Bezirk, erheblicher Unterschiede zwischen den Ortsteilen und aktueller Hinweise auf Praxisschließungen?“

(Fraktion der SPD)

- „Welche Standorte und welche Träger haben den Zuschlag für die neuen Soulspace-Standorte erhalten?“

(Fraktion der CDU)

- „Welche zusätzlichen Mittel werden den Berliner Krankenhäusern aus den von der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Nichtanrufung des Vermittlungsausschusses zum GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz zugesagten zusätzlichen Mitteln in Höhe von bundesweit 550 Millionen Euro voraussichtlich zufließen?“

(Fraktion Die Linke)

- „Wie setzt sich der Senat gegenüber dem Bund dafür ein, dass im Rahmen der Reform der Notfallversorgung eine Regelung geschaffen wird, durch die Krankenhäuser die Kosten für die notwendige Behandlung nichtversicherter Patient*innenkünftig vollständig erstattet bekommen und welche konkreten Gespräche führt die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege hierzu mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung sowie den Bezirken, um bereits auf Landesebene eine verlässliche und unbürokratische Kostenübernahme durch die zuständigen Sozialämter sicherzustellen?“

(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Mündlich wird folgende Frage gestellt:

- „Wie stellt der Senat sicher, dass im Zuge der Übernahme des Jüdischen Krankenhauses durch die Medicana Health Group das medizinische Angebot, die Arbeitsplätze und die jüdische Identität des Hauses gewahrt bleiben?“

(AfD-Fraktion)

Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) beantwortet die Fragen sowie Nachfragen der Ausschussmitglieder. Im Anschluss schließt der Ausschuss Punkt 1 der Tagesordnung für die heutige Sitzung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) berichtet und beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder (siehe Inhaltsprotokoll).

Im Anschluss schließt der Ausschuss Punkt 2 der Tagesordnung für die heutige Sitzung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|--|
| a) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/3273
Landesstrategie für Frauengesundheit jetzt! | 0393
GesPfleg(f)
IntGleich
WissForsch |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Gesundheitsversorgung von Frauen, Mädchen und trans*
Personen in Berlin
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0160
GesPfleg |

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich auf die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Frau Abg. Gebel (GRÜNE) und Frau Abg. Dr. Haghanipour (GRÜNE) begründen den Antrag zu Punkt 3 a) sowie den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 b) der Tagesordnung für ihre Fraktion.

Es werden angehört und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Konstanze Haase, Familienplanungszentrum Berlin e.V.,
- Frau Dr. Ursula Marschall, BARMER Institut für Gesundheitssystemforschung,
- Frau Dr. med. Nicole Mattern, Berufsverband der Frauenärztinnen und Frauenärzte e.V.,
- Frau Sybill Schulz, Feministisches Netzwerk für Gesundheit Berlin sowie
- Frau Dr. Christiane Wessel, KV Berlin

Im Rahmen der Beratung nimmt Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss werden die Beratung des Antrags sowie die Besprechung zu Punkt 3 b) der Tagesordnung vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2435
Mentale Gesundheit in Schulen stärken: Ausbildung verbessern
[0336](#)
GesPflfeg
BildJugFam(f)
- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2436
Mentale Gesundheit in Schulen stärken: Unterstützungsangebote für die Betroffenen weiterentwickeln
[0337](#)
GesPflfeg
BildJugFam(f)
- c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2437
Mentale Gesundheit in Schulen stärken: Für Entlastung sorgen
[0338](#)
GesPflfeg
BildJugFam(f)
- d) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3454
Soziales Entschädigungsgesetz umsetzen – Plätze in Traumaambulanzen für Opfer von Gewalt ausbauen
[0396](#)
GesPflfeg
- e) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3460
Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen endlich zum Schwerpunkt machen und nachhaltig stärken
[0397](#)
GesPflfeg
- f) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Situation der stationären psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
[0154](#)
GesPflfeg
- Hierzu: Auswertung der Anhörungen vom 16. September 2024 sowie 30. Juni 2025
- g) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Situation der ambulanten psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
[0226](#)
GesPflfeg

Hierzu: Auswertung der Anhörungen vom 16. September 2024 sowie 30. Juni 2025

Punkt 4 f) und g) der Tagesordnung wurden bereits in der 42. Sitzung am 16. September 2024 und in der 56. Sitzung am 30. Juni 2025 behandelt. Die Wortprotokolle der Anhörungen liegen vor.

Herr Abg. Krüger (GRÜNE) begründet die Anträge zu Punkt 4 a), b) und c) der Tagesordnung für seine Fraktion und beantragt, das Berichtsdatum jeweils auf „30. Juni 2027“ zu ändern. Den Änderungen stimmt der Ausschuss einvernehmlich zu.

Frau Abg. König (SPD) begründet die Anträge zu Punkt 4 d) und e) der Tagesordnung für die Koalitionsfraktionen und beantragt, das Berichtsdatum des Antrags Drs. 19/3454 auf „30. Juni 2027“ zu ändern. Der Änderung stimmt der Ausschuss einvernehmlich zu..

Im Rahmen der Beratung nimmt Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss beschließt der Ausschuss wie folgt:

- Der Antrag – Drs. 19/2435 – wird auch mit geändertem Berichtsdatum „30. Juni 2027“ abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE)

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie.

- Der Antrag – Drs. 19/2436 – wird auch mit geändertem Berichtsdatum „30. Juni 2027“ abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE)

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie.

- Der Antrag – Drs. 19/2437 – wird auch mit geändertem Berichtsdatum „30. Juni 2027“ abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE)

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie.

- Der Antrag – Drs. 19/3454 – wird mit geändertem Berichtsdatum „30. Juni 2027“ angenommen.

(mehrheitlich mit CDU, SPD und LINKE gegen AfD bei Enthaltung GRÜNE)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

- Der Antrag – Drs. 19/3460 – wird angenommen.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen AfD bei Enthaltung GRÜNE und LINKE)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

- Die Besprechungen zu Punkt 4 e) und f) der Tagesordnung werden abgeschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3007 Neu
**Verbesserung der gerichtsfesten Dokumentation und
Spurensicherung durch Berliner Krankenhäuser bei
körperlicher Gewalt**

[0374](#)
GesPflg(f)
IntGleich*

Zu dem Antrag liegt die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung vor. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig (bei Enthaltung GRÜNE und LINKE) die Annahme des Antrags.

Frau Abg. Golm (SPD) begründet den Antrag für die Koalitionsfraktionen.

Im Rahmen der Beratung nimmt Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drs. 19/3007 Neu – wird angenommen.

(einstimmig mit CDU, SPD und AfD bei Enthaltung GRÜNE und LINKE)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die Vorsitzende teilt mit, dass es sich um die letzte reguläre Sitzung des Ausschusses in dieser Wahlperiode gehandelt habe und bedankt sich für die Zusammenarbeit bei Mitgliedern, der Verwaltung und dem Senat.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Silke Gebel

Dr. Klaus Lederer